



„Ich habe schon als Kind begriffen, es müsste mehr Gerechtigkeit geben“

Ein Interview mit Helmut Schmidt

Die Projektgruppe des Distrikts Barmbek-Mitte „Geschichte der SPD in Barmbek“ hat ein Interview mit Helmut Schmidt als Zeitzeugen geführt. Das Gespräch führten Dr. Carsten Maßmann (Leiter der Projektgruppe), Barbara Israel und Andrea Rolle. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Interview.

Andrea Rolle: Es gibt heute noch Stimmen in der Partei, die sich das Godesberger Programm zurückwünschen. Was halten Sie davon?

Helmut Schmidt: Gar nichts. Das Godesberger Programm ist jetzt ein halbes Jahrhundert alt. Die Idee, das Grundsatzprogramm neu schreiben zu wollen, verstehe ich. Aber in meinen Augen nützt es niemandem außer dem, der es geschrieben hat, dem macht es Spaß.

Wenn Sie sich selber fragen, was dieses Berliner Grundsatzprogramm im Inhalt sagt oder das Hamburger Grundsatzprogramm, müssen Sie lange nachdenken und nachschlagen.

ein eigenes Grundsatzprogramm haben. Das alte hat mir nicht gefallen, jetzt mache ich ein neues. Daran möchten Sie dann glauben. In Wirklichkeit glauben Sie aber nicht dran, und es gibt Ihnen auch keine Handreichung für die tatsächliche Politik.

Was ich mir wünschen würde, ist z. B., dass die heutige Sozialdemokratie sich über Folgendes klar wird: Wozu brauchen wir eine Bundeswehr? Was ist der Auftrag der Bundeswehr? Das meine ich im Ernst. Es gibt keine sozialdemokratische Antwort auf diese Frage. Wozu brauchen wir die NATO? Wozu sind wir in Afghanistan? Wieso weigern wir uns, Griechenland zu helfen?

Das sind die wirklichen Fragen, um die es geht und nicht irgendwelche Partei-Visionen und Grundsatzprogramme.

Wieso kriegen wir es nicht fertig, eine gemeinsame Finanzpolitik zwischen den EU-Staaten zustande zu bringen?

Das sind die wirklichen Fragen.

Wieso gibt es keine ehrliche Auseinandersetzung über Schröders Agenda

Jahre alt. Es gibt eine ganze Menge alter Männer. Inzwischen werden die Männer viel älter. Zu meiner Zeit war die Rentenbezugsdauer 12 Jahre, jetzt sind wir bei 17 Jahren, und diese 17 Jahre müssen finanziert werden. Aber es wächst unten nicht genug junges Volk nach, das Beiträge und das Steuern zahlt. Das sind die dicken Probleme.

Nicht ein neues Grundsatzprogramm, das darüber hinweg pfuscht und Visionen an die Wand malt.

Das Godesberger Programm hat keine konkreten Fragen gelöst. Es war damals eine große Leistung, weil es den Marxismus in all seinen Formen praktisch von der überragenden Ideologie in eine von mehreren Ideologien herab gestuft hat.

Wozu brauche ich ein Grundsatzprogramm, wenn ich nicht weiß, was ich mit der Bundeswehr will, wenn ich nicht weiß, warum ich in Afghanistan Krieg führe, jede Woche einen Toten. Das sind doch die Probleme und nicht die Korrektur des Kapitalismus oder so eine schöne Sache.

Wenn ich nicht mal weiß, was ich mit meiner Landesbank, genannt HSH Nordbank, anfangen kann. Absoluter Dilettantismus im Umgang mit der eigenen Bank. Das wird mit einem Grundsatzprogramm auch nicht besser. Und das ist nicht die einzige Landesbank, die ein Sauhaufen ist. Sämtliche deutsche Landesbanken sind Sauhaufen gewesen. Einige sind inzwischen saniert. Berlin ist inzwischen saniert.

Die Programm-Macherei hat Tradition – und Traditionen sind auch etwas Schönes, die soll man auch nicht gering achten, aber es wird damit kein wirkliches Problem gelöst.

Wir haben inzwischen seit Godesberg ein, ich glaube zwei Grundsatzprogramme verabschiedet oder drei, ich weiß es nicht, müsste ich mal nachgucken.

Und jetzt wollt Ihr schon wieder eines machen? Und was hat das Hamburger Programm bewirkt? Völlige Unklarheit über Agenda 2010.

Ein wirkliches Problem kommt heute in zwei Jahren auf uns zu.

Spätestens Ende Juni des Jahres 2012 beginnt der amerikanische Wahlkampf. Sowohl zum Kongress als auch zur Präsidentschaftswahl. Spätestens im November, also jetzt in zwei Jahren wird ein neuer amerikanischer Präsident gewählt. Die Wahrscheinlichkeit von heute ist,



Sie würden nicht einmal mehr im Kopf die entscheidenden Passagen aus dem Godesberger Grundsatzprogramm kennen.

Daran mögen Sie ermessen, dass diese Grundsatzprogramme in Wirklichkeit keine große Wirkung haben, weil sie auch in Wirklichkeit niemandem etwas geben. Das ist der Unterschied zum Neuen Testament – da gibt es viele Leute, denen das etwas gibt.

Einige Sozialdemokraten möchten an Stelle des Neuen Testaments am liebsten

2010? Wieso weigert sich diese Partei zu begreifen, dass der heutige Sozialstaat dringend umgebaut werden muss, weil wir ihn doch aufrechterhalten wollen?

Ich halte den Sozialstaat, wie wir ihn in Deutschland geschaffen haben, ähnlich in Frankreich, ähnlich in Holland, ähnlich in ganz Skandinavien und in Österreich, für die herausragende kulturelle Leistung des 20. Jahrhunderts.

Noch zu meiner Regierungszeit starben die Männer mit 68 Jahren – im Durchschnitt. Ich werde diesen Monat 92

Seminar

Für alle Aktiven:

Mitglieder werben praktisch gemacht

Infos in der Terminübersicht, Seite 4

Verlosung

Gewinne das Buch „Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt“



Schreib uns eine Postkarte oder Mail bis zum 1. Juli (Adressen im Impressum letzte Seite).



Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesen Tagen hat sich Hamburg wieder von seiner schönsten Seite präsentiert. Viele Hamburgerinnen und Hamburger konnten mit Gästen aus aller Welt den diesjährigen Hafengeburtstag feiern. Eindrucksvoll zeigte sich, wo der Wohlstand unserer Stadt seinen Ursprung hat und das Herz der Hamburger Wirtschaftskraft schlägt. An wenigen Orten ist der derzeitige Aufschwung so spürbar wie im Hamburger Hafen.

Dennoch, die Haushaltslage ist problematisch. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, die 2020 in Kraft tritt, können mögliche Steuermehreinnahmen bei den Investitionsplanungen nicht berücksichtigt werden. Die Finanzplanung des Senats ist langfristig und verbindlich ausgerichtet. Alles, was Geld kostet, werden wir von Anfang an kritisch hinterfragen. Nur so können wir den aktuellen Herausforderungen begegnen und die Finanzierung der politischen Zusagen einhalten. Denn – das ist sicher – was wir vor der Wahl gesagt haben, gilt auch nach der Wahl. Das gehört zum guten Regieren dazu.

Der Senat hat eine klare Vorstellung davon, wie sich Hamburg entwickeln soll. Mit dem Motto „Wir schaffen das moderne Hamburg“ haben wir die zentralen Ziele unseres zukünftigen Handelns beschrieben. Eine moderne Stadt braucht eine Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern zur Seite steht und eine Infrastruktur, die Wirtschaft und Lebensqualität fördert. Wir brauchen Kitas, Schulen und Hochschulen, die allen jungen Menschen die beste Bildung vermitteln und Forschungseinrichtungen, die Innovation zum Alltag machen. Hamburg braucht einen öffentlichen Nahverkehr, der sicher und zuverlässig ist und Quartiere, die der bunten Vielfalt eine Heimat sind.

Es ist jetzt die Aufgabe, mit Sorgfalt, Umsicht und Beharrlichkeit diese Perspektive in unserer täglichen Arbeit zu verfolgen. Dabei werden wir uns nicht in Streitereien verlieren, sondern weiterhin mit aller Kraft für gemeinsame Lösungen arbeiten. Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden alle in der Stadt dazu ein, sich daran zu beteiligen. Denn das, was wir vorhaben, geht nur gemeinsam.

Euer

Olaf Scholz

dass wir einen Kandidaten bekommen mit großem Zulauf vom rechten Flügel der Republikanischen Partei. Dass der alles umschmeißt, was der Herr Obama an leichtfertigen, gut gemeinten, wohlmeinenden Versprechungen in die Welt gesetzt hat, sich dann aber möglicherweise zu dem Entschluss durchringt, der Iran baut Atombomben, das müssen wir mit militärischer Gewalt verhindern. Das wird dann ein ganz dickes Problem. Das lösen Sie nicht heute im Voraus in einem Grundsatzprogramm.

Die Sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig an der außenpolitischen und weltpolitischen Debatte selber unbeteiligt.

Barbara Israel: Ich würde gerne wissen, ob die Familiensituation und die Schulzeit später mit entscheidend oder prägend dafür war, dass Sie später in die SPD eingetreten sind?

Helmut Schmidt: Nein, überhaupt nicht, überhaupt nicht. Das hat mit meinem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei überhaupt nichts zu tun. Der hat ganz andere Ursachen.

Mit meiner jüngst verstorbenen Frau war ich befreundet, seit wir 10 Jahre alt waren – sie war einen Kopf größer als ich – und sie hatte eine Mütze, eine Baskenmütze bei uns zu Hause vergessen, und meine Mutter hat gesagt, die musst du ihr hinbringen, und dann habe ich ihr die nach Hause gebracht. Sie wohnte in einem Hinterhof. In Hamburg hieß so etwas damals Terrasse, in einer Terrasse in Hohenfelde. Ich kam da hin, klingelte an der Tür, die wurde aufgemacht und man war dann direkt in der Küche; dahinter waren viele Menschen.

Und ich begriff: Das war eine große Familie, es waren sechs Menschen damals und alle in einer ganz kleinen Wohnung. Klo draußen und ein einziger Wasserhahn in der Wohnung.

Und da habe ich schon als Kind – ich war zehn Jahre alt – begriffen, es müsse mehr Gerechtigkeit auf der Welt geben.

Das hat sich mir bis zum heutigen Tage eingeprägt. Jetzt bin ich über 90. Es müsste mehr Gerechtigkeit geben!

Andrea Rolle: Wenn Sie jetzt noch einmal so alt wären wie ich, würden Sie wieder in die SPD eintreten?

Helmut Schmidt: Mit großer Wahrscheinlichkeit: Ja! Warum sollte ich nicht? Aber ich würde wahrscheinlich ähnlich unzufrieden sein wie ich damals war. Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen. 1950, damals wurde ich 32 Jahre alt, am Ende des Jahres 1950, ich war ein junger Mann.

Im Mai 1950 veröffentlichte ein Franzose, ein französischer Außenminister namens Robert Schuman, und der Mann hinter ihm, der die Gedanken entwickelt hatte, war auch ein Franzose – Jean Monnet – den sogenannten Schuman-Plan: Die Bildung einer Gemeinschaft von sechs Staaten: Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg für Kohle und Stahl – damals die beiden wichtigsten Sachgüter für den Wiederaufbau des zerstörten Europa nach dem Krieg. Erdgas und Öl spielten damals eine geringe Rolle, Kernkraft gar keine, Stahl hingegen spielte für den Aufbau der Industrie und der Wohnungen eine Riesenrolle. Das Dulsgebirge wäre ohne Stahl nicht wieder aufgebaut worden.

Die Sozialdemokraten unter der Führung von Kurt Schumacher waren dagegen. Erstens: Kapitalistisch, zweitens: Katholisch, drittens: Konservativ und viertens: Klerikal – oder irgend so etwas. Und ich schrieb in dem Mitteilungsblättchen der Hamburger Sozialdemokraten positive Aufsätze für den Schuman-Plan.

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass ich schon damals mit meiner Partei nicht unbedingt zufrieden war. Sehr viel später, beinahe zehn Jahre später sah die sozialdemokratische Führung ihren Fehler ein, da gab es die berühmte Rede von Herbert Wehner 1958 oder 59 oder 60, wo wir uns auf dem Boden des inzwischen schon ziemlich fortgeschrittenen europäischen Integrationsprozesses positiv eingelassen hatten.

Das heißt, wir sind ein bisschen hinter der Zeit, hinter der tatsächlichen Entwicklung her gelaufen. Also ich würde mit großer Wahrscheinlichkeit in dieselbe Partei eintreten, aber mit großer Wahrscheinlichkeit in dieselben Konflikte geraten wie damals.

Barbara Israel: Vielleicht noch eine Frage zum Schluss, Herr Schmidt. Ich sehe mir manchmal Debatten des Deutschen Bundestages an und finde sie ziemlich langweilig.

Ich weiß, dass als z. B. Sie und Herbert Wehner im Bundestag geredet haben, die Debatten so interessant waren, dass meine Mutter mich häufig angerufen und mir gesagt hat, dass die ARD im Fernsehen die Bundestagsdebatte überträgt. Hat das mit Ihrer, der damaligen Generation zu tun, mit den Menschen damals?

Helmut Schmidt: Das hat mehr zu tun mit der heutigen Generation. Noch in den 80er Jahren – aber der Höhepunkt war in den 70er Jahren – hing eigentlich jeder politisch interessierte Mensch am Fernseher, wenn eine große Debatte im Bundestag stattfand, die wurde ganz übertragen.

Zum Beispiel Debatten zwischen Strauß und Schmidt: Die hat das ganze Volk miterlebt.

Die heutige Generation der Politiker hält erstens keine großen Reden im Parlament, weil sie es zweitens viel einfacher haben, zu Frau Illner oder zu Frau Maischberger oder zu Herrn Kerner/Beckmann in die Talkshow zu gehen, und die Fernsehanstalten vernachlässigen das Parlament in phänomenaler Weise.

Zum Beispiel gibt es überhaupt keine Übertragungen aus dem Europäischen Parlament, skandalös. Das ist wirklich ein Skandal, dass die Öffentlich-Rechtlichen Anstalten das Europäische Parlament tot schweigen. Aber sie schweigen auch den Bundestag weitgehend tot. Es ist eine Folge der Zulassung des Privaten Fernsehens. Wir haben inzwischen, ich weiß nicht wie viel Sender. Wenn jemand eine Schüssel auf dem Dach oder auf dem Balkon hat, kann er 60, 70 Kanäle empfangen, und die überbieten sich gegenseitig mit Unterhaltungsstücken und die Politiker sind zufrieden, wenn sie in möglichst vielen Talkshows auftreten.

Das ist auch deren Fehler, zuzulassen, dass die Öffentlich-Rechtlichen die Parlamente links liegen lassen.

Carsten Maßmann: Lieber Herr Schmidt, wir bedanken uns sehr herzlich für das Interview.

Das Interview wurde im Dezember 2010 geführt.

Das Zentrale Bürgerbüro wird 20

Ein seltenes Jubiläum

von Johannes Müller

Am 21. Mai 1991 war es so weit: Die SPD-Landesorganisation mit Traute Müller an der Spitze eröffnete das Zentrale SPD-Bürgerbüro im Kurt-Schumacher-Haus. Das Ziel war klar: Ehrenamtliche Genossinnen und Genossen sollen die Hauptamtlichen im KuSchu entlasten und die Beantwortung der vielen Fragen aus der Bevölkerung übernehmen. Gleichzeitig sollte diese Einrichtung eine Brücke zu den Hamburgerinnen und Hamburgern sein und unter Beweis stellen, dass die SPD es ernst meint mit ihrer Aussage, sich auch um die persönlichen Probleme der Menschen in Hamburg zu kümmern.

20 Jahre sind nun vergangen und das ZBB ist eine anerkannte Institution in der Hamburger SPD und auch bereits mit einem 2. Preis durch den Parteivorstand in Berlin ausgezeichnet worden. Trotz häufiger politischer Veränderungen im Bund und in Hamburg und den damit verbundenen unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten lässt sich das ZBB nicht beirren,

bleibt keine Antwort schuldig und versucht mit großem Engagement der rund 20 Team-Mitglieder auch bei schwierigsten Problemen den Ratsuchenden den richtigen Schritt zur Lösung ihres Problems aufzuzeigen.

Natürlich haben sich die Sparerfordernisse der Hamburger Partei im Laufe der Zeit auch auf die Arbeit des ZBB ausgewirkt. Zum Beispiel hat ein jährliches Tagesseminar inhaltsreiche Wochenendschulungen ersetzt. Doch

mit Unterstützung vieler politischer Freunde und Fachleute ist das Team ständig auf dem Laufenden und pflegt einen regen Erfahrungsaustausch. Es ist geradezu sensationell, dass heute noch sechs Genossen aus den ersten Tagen dabei sind. Das ist sicherlich einmalig, genau so wie die „Lebensdauer“ dieser anerkannten Einrichtung.

Für das ZBB-Team zählt zuerst das Engagement für die Partei und für die

Ratsuchenden. Das Team hat auch im 20. Lebensjahr seines Wirkens keine große offizielle Jubiläumsfeier erwartet. Eine besondere Anerkennung gab es doch. Vom 22. bis 25. März 2011 war der Großteil des ZBB-Teams Gast unseres Europa-Abgeordneten Knut Fleckenstein in Brüssel. So wurden Dank und Anerkennung im Jubiläumsjahr mit einem schönen und lehrreichen Erlebnis verknüpft. Dafür sind wir unserem Genossen Knut Fleckenstein und seinem Team sehr dankbar.

Wir wollen für unsere Hamburger Partei die Brückenfunktion zu den Menschen weiter festigen. Alle Parteimitglieder in Hamburg können dazu beitragen: Sprecht in Eurem Verwandten-, Kollegen- und Freundeskreis über diese Einrichtung für die Menschen. Unsere Distrikte sollten auch immer den roten Werbeflyer des Zentralen Bürgerbüros an den Infoständen parat haben. Je mehr Menschen das Zentrale SPD-Bürgerbüro kennen und nutzen, um so stabiler wird das Vertrauen zu unserer Partei.



Die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Bürgerbüros beim Besuch in Brüssel

Termine

29. Mai, 8–15 Uhr
Kinder- und Familienflohmarkt der SPD Neugraben-Fischbek
Neugrabener Markt

11. Juni ab 19 Uhr
Marmsfestiva 2011
Bandfestival – Hamburg rockt!
Rieckhof Harburg | Rieckhoffstraße 12

18. Juni, 10–16.30 Uhr
Seminar „Mitglieder werben praktisch gemacht“
Für alle aktiven Mitglieder!
Kurt-Schumacher-Haus
Anmeldung unter Tel. 28 08 48 74
oder kerstin.bake-voelsch@spd.de

24.–26. Juni
Wohnen in Hamburg:
Wie kann eine Politik des bezahlbaren Wohnraums für alle aussehen?
Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Infos unter Tel. 32 58 74-0
Julius-Leber-Forum | Rathausmarkt 5

25. Juni, 10–16 Uhr
Neumitgliedertag
Kurt-Schumacher-Haus
Infos unter Tel. 28 08 48 25

26. Juni, 9–15 Uhr
Flohmarkt der SPD Flottbek-Othmarschen
Marktgelände Flottbek
Osdorfer Landstraße 14

27. Juni, 19.30 Uhr
SPD Mühlenkamp: Jugendpolitik in Hamburg. Diskussion mit Carola Veit
Forsmannstraße 14

Weitere Termine findest Du auch unter www.spd-hamburg.de/termine

Aus der Fraktion

Der erste Meilenstein für mehr Wohnungsbau ist in Arbeit – Bezirke und Behörden arbeiten an einem „Vertrag für Hamburg“, um noch vor der Sommerpause konkrete Wege zur Erreichung unserer Ziele zu verabreden. „Mit diesem Vertrag haben wir eine große Chance, wechselseitige Blockaden künftig zu verhindern, erklärten SPD-Fraktionschef Andreas Dressel und SPD-Stadtentwicklungssprecher Andy Grote. „Die ernsthafte und partnerschaftliche Kooperation zwischen Senat und Bezirken auf Augenhöhe ist wegweisend und in der Wohnungsbaupolitik viel zu lange versäumt worden.“ Wichtig sei auch, dass die Planungshoheit der Bezirke betont und zusätzliche Ressourcen in Aussicht gestellt würden, so Grote.

Im Vorfeld der beginnenden Haushaltsberatungen setzt sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer zur gerechten Besteuerung großer Vermögen ein. „Eine stärkere Heranziehung von großen Privatvermögen für gesellschaftlich bedeutsame Gemeinschaftsaufgaben ist auch eine Frage der gerechten Lastenverteilung“, sagte SPD-Finanzexperte Jan Quast. Aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte sollten insbe-

sondere die „starken Schultern“ großer Privatvermögen einen größeren Beitrag leisten, so Quast. „Neben strikter Ausgabendisziplin muss schon aus Gründen der Gerechtigkeit auch die Einnahmeseite betrachtet werden, wenn wir die Handlungsfähigkeit unseres Stadtstaates sichern wollen“, so SPD-Fraktionsvize Thomas Völsch.

Auch verkehrspolitisch setzt die neue SPD-Fraktion Akzente – mit einer Initiative zur Parkraumbewirtschaftung. Kern-



stück ist, dass zwar nicht an der Gebührenschaube gedreht werde, aber die geltenden Gebühren endlich bezahlt und auch eingetrieben werden sollen. „Da gibt es ein riesiges Vollzugsdefizit – das hat schon der Rech-

nungshof festgestellt“, so SPD-Verkehrsexpertin Martina Koeppen. Als klimapolitisch sinnvolles Gegenstück solle es eine Frei-Parken-Plakette für besonders schadstoffarme Autos geben. Koeppen: „Jedem Autofahrer muss bewusst sein, dass öffentliche Parkplätze in der City gebührenpflichtig sind und Kontrollen stattfinden. Verstärkte Kontrollen sollen dabei Gerechtigkeit schaffen. Die Gebührenfreiheit für CO₂-arme Autos soll ein Anreiz sein, auf schadstoffarme Autos zu wechseln.“

Berlin direkt

von Hans-Ulrich Klose

Zukunftssicherung gemeinsam

Der Ausstieg aus der Kernenergie scheint nun doch beschlossene Sache. Nicht nur SPD und Grüne befürworten den Ausstieg, die Kanzlerin – nachdenklich gestimmt nach dem Reaktorunglück in Japan – will ihn, auch der bayerische Ministerpräsident. Sogar die FDP, bislang heftigster Befürworter der Kernenergie und konkret der Laufzeitverlängerung, stellt sich neu auf und setzt auf erneuerbare Energien. Offen, so scheint es, ist nur noch, in welcher Zeit der Aus- und Umstieg vollzogen werden kann/soll. So schnell wie möglich, sagt die Mehrheit der Bevölkerung. Was aber ist wann möglich?

Wer Kernkraftwerke abschalten will, muss Alternativen bieten, einen Energiemix aus Wind, Sonne, Wasser und

Biomasse, der intelligent vernetzt werden muss, national und international. Das ist machbar, erfordert aber zügige Entscheidungen der Politik, von denen nicht sicher ist, ob sie von der Bevölkerung akzeptiert werden. Windkraftanlagen und Netzautobahnen sind nicht populär. Der populäre Ausstieg aus der Kernenergie erfordert deshalb unpopuläre Entscheidungen. Die Politik muss das bedenken.

Bedenken muss sie auch die ökonomischen Aspekte des Ausstieges. Deutschland ist noch immer ein Industrieland und will es auch bleiben. Das geht nicht ohne Energie, die verlässlich und preiswert verfügbar bleiben muss. Ausschließlich mit Erneuerbaren wird das (vorerst) nicht zu machen sein. Grundlastfähige Kohle- und Gaskraft-

werke, modernster Technik, müssen gebaut und finanziert werden; auch dies keine leichten Entscheidungen. Das Hamburger Beispiel – Stichwort Moorburg – zeigt, was da auf uns zukommen könnte.

Ich bin für den Ausstieg, warne aber vor Illusionen. Der Weg zu den Erneuerbaren ist mühsam, teuer und langwierig. Die Politik wäre daher gut beraten, wenn sie ihn gemeinsam planen und beschreiten würde.

Energiepolitik ist kein Spielfeld für parteitaktische Profilierungen, das lehren uns auch die vergangenen Monate. Es geht um Zukunftssicherung. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft.



Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Mathias Büttner
Lars Balcke

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
18. Juni 2011

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

E-Mail
hamburgerkurs@spd-hamburg.de